

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Problematischer Nebenetat

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1990) : Problematischer Nebenetat, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 6, pp. 280-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136642>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auf Beschluß der Bundesregierung und in Übereinstimmung mit den Bundesländern soll ein Fonds „Deutsche Einheit“ eingerichtet werden, der im Laufe von viereinhalb Jahren mit 115 Mrd. DM zur Finanzierung von Defiziten des DDR-Staatshaushalts beitragen soll. Der Bund hat sich verpflichtet, einen Betrag von 20 Mrd. DM in diesen Fonds einzuzahlen, die er durch Einsparung bisher geplanter Ausgaben aufbringen will. Die übrigen 95 Mrd. DM soll der Fonds selber am Kapitalmarkt aufnehmen. Die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite soll innerhalb von 20 bis 30 Jahren erfolgen, wobei Bund und Länder die fälligen Tilgungs- und Zinsaufwendungen je zur Hälfte aufbringen sollen.

Die Errichtung eines Fonds für diesen Zweck und seine Konstruktion muten recht kompliziert an. Doch auf der einen Seite wurde in den letzten Monaten schnell deutlich, daß mit Hilfe von Nachträgen zum Bundeshaushalt alleine (1. und 2. Nachtragshaushalt mit rund 12 Mrd. DM Mehrausgaben) die sich abzeichnenden Integrationsaufgaben nicht zu finanzieren sind. Auf der anderen Seite scheuten Bund (mit Ausnahme der durch Kürzung anderer Ausgaben geplanten 20 Mrd. DM) und Länder wohl davor zurück, die Etats offen durch eine Erhöhung ihrer Ausgaben zur DDR-Defizitfinanzierung zu belasten. Jetzt bleiben die Einzeletats vom direkten Nachweis dieser kurzfristig hohen Ausgaben und der eventuell erforderlich werdenden Neuverschuldung verschont; lediglich die Bedienung der Annuitäten wird dann und wann die Etatberatungen erschweren.

Doch die Ausgliederung dieser Finanzierung aus den Etats der westdeutschen Gebietskörperschaften ändert nichts an der Tatsache, daß es sich dennoch um eine Erhöhung der öffentlichen Verschuldung han-



Eberhard Thiel

Problematischer Nebenetat

delt. Bedenklich wäre es, wenn durch diese Etat-Ausgliederung der Eindruck erweckt würde, daß die Integration mit der DDR eigentlich keine Belastungen für die Volkswirtschaft mit sich brächte, wenn man von den zeitlich recht lang gestreckten Tilgungs- und Zinszahlungen absieht, die in den Etats ausgewiesen werden. Dem ist jedoch nicht so; denn eine öffentliche Kreditaufnahme – durch welche Institutionen auch immer – bedeutet stets die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes mit Konsequenzen für Zinshöhe und Art der Verwendung der realen Ressourcen einer Volkswirtschaft und führt längerfristig zu wenig transparenten Umverteilungsprozessen.

Überdies kann man nicht behaupten, daß durch diese Konstruktion eines Nebenetats ausdrücklich dem finanzpolitischen Prinzip der Vollständigkeit des Haushalts oder gar dem Grundsatz der Budgeteinheit entsprochen würde. Selbst wenn die staatliche Einheit noch nicht hergestellt ist, wäre es zweckdienlich, einen öffentlichen Gesamthaushalt für die Bundesrepublik und die DDR wenigstens nachrichtlich zu veröf-

fentlichen und zu diskutieren. Dann würde das Defizit dieses Gesamthaushaltes transparenter werden als jetzt, wo zwar bekannt ist, daß der Etat des DDR-Zentralstaates (und demnächst die Etats der dortigen Länder) erhebliche Defizite aufweisen, für den Bundesetat durch den zweiten Nachtragshaushalt aber sogar eine Verminderung der Nettokreditaufnahme errechnet wird und gleichzeitig der Einheitsfonds erhebliche Kredite aufnimmt.

Neben der Scheu gegenüber Steuererhöhungen ist ein wichtiger Grund für die relativ schnelle Einigung über diesen Fonds auch darin zu sehen, daß die Bundesländer froh darüber waren, daß der Bund ihnen gleichzeitig zusicherte, den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen bis Ende 1994 unangetastet zu lassen und ihren Mehrwertsteueranteil zunächst nicht zu kürzen. Außerdem trägt in den Augen der Länder nunmehr der Bund alleine das Risiko, möglicherweise erforderlich werdende weitere Zuwendungen an die DDR-ETats aufzubringen.

Angesichts der aufgrund strukturpolitischer und sozialpolitischer Anpassungsmaßnahmen noch ungeklärten Höhe künftiger DDR-Defizite mutet diese Ansicht jedoch recht optimistisch an. Die jetzige Konstruktion des Fonds, die bisher vereinbarten Beiträge und die Verteilung der Belastungen dürften weder die Bundesländer noch den Bund davor bewahren, möglicherweise weitere Hilfeleistungen zu gewähren und gegebenenfalls die Finanzierung doch nicht nur über den Kapitalmarkt, sondern auch mit Hilfe von Steuererhöhungen zu betreiben. Davor schützt auch nicht die Formulierung der Bundesregierung, daß der Gesamtumfang des Fonds der zahlungsmäßige Ausdruck der Solidarität der Bundesrepublik für eine bessere Zukunft der Menschen in der DDR sei.